Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 3955

Antrag

der Fraktion der SPD

betr. Mißbilligung des Verhaltens des Bundeskanzlers.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Bundestag mißbilligt, daß der Bundeskanzler, nachdem das Bundesverfassungsgericht in die öffentliche und mündliche Verhandlung über das Ersuchen des Herrn Bundespräsidenten auf Erstattung eines Rechtsgutachtens wegen der Vertragsgesetze eingetreten war, bei dem Herrn Bundespräsidenten vorstellig wurde.

2. Der Bundestag mißbilligt, daß während der Vorsprachen des Bundeskanzlers bei dem Herrn Bundespräsidenten der Herr Bundespräsident an seinen Eid erinnert worden ist.

3. Der Bundestag mißbilligt die von der Bundesregierung vor Kenntnis der Begründung abgegebene Erklärung, daß der am 9. Dezember 1952 verkündete Plenarbeschluß des Bundesverfassungsgerichts weder im Grundgesetz noch sonst in einem Gesetz eine Stütze finde.

4. Der Bundestag mißbilligt, daß der Bundeskanzler zu den herabsetzenden Äußerungen des Bundesministers der Justiz über das Bundesverfassungsgericht geschwiegen hat.

Bonn, den 20. Dezember 1952

Ollenhauer und Fraktion

Druck: Peter Meier, Bulsdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Str. 30
und Wiesbaden, Nietzschestr. 1